

Die sozialen Folgen der Globalisierung – Marginalisierung oder Besserstellung?

Die zunehmende Globalisierung der Produktion, d.h. die Revolutionierung der Fertigungsabläufe und die Ausweitung des Welthandels stellt die Regierenden aller Länder vor neue, ungeahnte Aufgaben. Ziel wirtschaftspolitischer Maßnahmen muß nunmehr der Erhalt der globalen Konkurrenzfähigkeit sein in einer Zeit, in der die Rolle des Staates dramatischen Änderungen unterworfen ist. Insbesondere die Entwicklungsländer kommen nicht umhin, die Funktion des Staates grundlegend neu sowie mit deutlicher Orientierung nach außen hin zu definieren. Bereits heute zeigt sich, daß der genannte Prozeß auch zur Marginalisierung wirtschaftlich schwacher Länder geführt hat und somit zur Entstehung neuer Gräben innerhalb einer zunehmend komplexer werdenden Welt. Die drohende dauerhafte Ausgrenzung der Entwicklungsänder von der neuen, durch die Globalisierung selbst erzeugten Prosperität, aber auch die in den Industrialisationen spürbaren negativen Folgen des Prozesses – Arbeitslosigkeit und soziales Elend auf Seiten der Benachteiligten – rufen indes nach einer nachhaltigen Lösung des Problems: Ein neues 'Ethos der Solidarität' tut not, ein globales Verantwortungsbewußtsein in einer Welt, deren interne Gräben letztlich eine wachsende Bedrohung aller Länder, ob teilhaftig am Globalisierungsprozeß oder nicht, bedeuten.

■ Einleitung: Verschiedene Aspekte der wirtschaftlichen Globalisierung

Ich möchte einige Gedanken über die Folgen der Globalisierung darstellen. Selbstverständlich läßt sich ein so komplexes Thema nicht in einem kurzen Beitrag abhandeln. Aber der begrenzte Raum hat auch sein Gutes: Ich werde mich kurz fassen und mich auf diejenigen Fragen konzentrieren, die für ein Land wie Brasilien von besonderem Interesse sind.

Globalisierung ist zu einer Art Modewort geworden. Zwar wird es oft gebraucht, aber es bedeutet fast jedes Mal etwas anderes. Es handelt sich um einen jener weitgefaßten Begriffe, mit denen die verschiedensten Menschen die verschiedensten Umstände zu erklären versuchen. Auch mit dem einschränkenden Zusatz 'wirtschaftlich' versehen, läßt sich die Globalisierung noch mit verschiedenen Phänomenen in Verbindung bringen.

Zuerst denkt man im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Globalisierung wohl an die stetig anschwellenden Geldströme im internationalen Kapitalverkehr und an ihren Einfluß auf die Geld- und Währungspolitik in den einzelnen Volkswirtschaften. Dabei sind die genauen Auswirkungen der Globalisierung in ihrer finanziellen Dimension noch umstritten. So kann man die Mobilität des Kapitals durchaus als eine günstige Möglichkeit ansehen, Ressourcen weltweit umzuverteilen und den Entwicklungsländern zuzuführen. Andererseits sind diese Kapitalströme unbeständig und können bei spekulativen Angriffen auf einzelne Landeswährungen eingesetzt werden, wodurch wiederum die wirtschaft-

liche Stabilität der betroffenen Länder bedroht wird. Mit anderen Worten: Durch die praktisch uneingeschränkte Freizügigkeit riesiger Kapitalbewegungen werden sowohl Chancen als auch Risiken geschaffen.

Ein weiterer Aspekt ist die Globalisierung der Produktion und die daraus resultierende Ausweitung des Welthandels. Früher wurden Güter gleich welcher Art normalerweise von Anfang bis Ende in ein und demselben Land hergestellt und danach entweder in diesem Land verbraucht oder exportiert. Dies trifft heute nicht mehr zu. Bei den meisten Gütern hat sich der Eigenfertigungsanteil verringert und bestimmte Zwischenschritte in der Bearbeitung werden nunmehr in verschiedenen Ländern ausgeführt. Besonders bei technologieintensiven Artikeln wird das Endprodukt heute kaum noch vollständig in einem bestimmten Land hergestellt. Verantwortlich hierfür ist die Wechselwirkung verschiedener neuer Trends, zu denen die durch die Mobilität der Produktionsfaktoren bedingte Kostensenkung genauso gehört wie die Größendegression, die aufgrund der immer anspruchsvoller werdenden Fertigungsverfahren unbedingt genutzt werden muß.

Der internationale Handel in Halbfertiggütern läuft hauptsächlich zwischen Industriefirmen ab, die ein und demselben Unternehmen angehören. Häufig richten diese Unternehmen ihre Aktivitäten an Marketing- und Fertigungsstrategien aus, die der Stärkung ihrer globalen oder regionalen Wettbewerbsposition dienen. Diese Unternehmen wählen für ihre Investitionen einzelne Länder nach den Vorteilen aus, die sie ihnen bieten. Als Folge hiervon konkurrieren besonders die Entwicklungsländer immer mehr um Auslandsinvestitionen. Anders als in den sechziger und auch noch in den siebziger Jahren, als es die Entwicklungsländer noch für notwendig hielten, die Tätigkeit der multinationalen Konzerne auf ihren Binnenmärkten durch Bewirtschaftungs- und Kontrollmaßnahmen zu disziplinieren, hat man nun neue handels- und wirtschaftspolitische Richtlinien eingeführt. Dabei bestand das Ziel zumindest teilweise darin, das heimische Umfeld für Auslandsinvestitionen attraktiver zu gestalten, die man wiederum zur Aufstockung der allgemein inadäquaten Sparquoten dringend benötigt.

Daraus entsteht eine weitere Dimension der wirtschaftlichen Globalisierung: Die institutionellen und regulatorischen Rahmenbedingungen in allen Ländern ähneln einander immer mehr. Für eine weitere Globalisierung der Fertigung ist es erforderlich, die in den einzelnen Ländern gültigen Regeln einander anzugleichen, um „künstlich geschaffene“ Vorteile auszuschließen. Als Beispiel hierfür möge die Einführung internationaler Normen für den Schutz geistigen Eigentums sowie für die handelsbezogenen Aspekte von Investitionsmaßnahmen durch die Welt handelsorganisation dienen. Angelegenheiten, die früher ganz eindeutig der Rechtsprechung der einzelnen Staaten unterstanden, sind heute multilateralen Regelungen unterworfen. Selbstverständlich stößt diese Vereinheitlichung dort an ihre Grenzen, wo nationale Besonderheiten auftreten. Das Wechselspiel zwischen dem globalen Trend zur Vereinheitlichung einerseits und der nationalen Identität andererseits ist komplex.

Schließlich geht die wirtschaftliche Globalisierung noch mit einer Revolution der Fertigungsabläufe einher, die ihrerseits wiederum bedeutende Verschiebungen in der Rangordnung der Nationen bedingt. Die Stellung eines Landes im Wettbewerb mit anderen Nationen wird heute mehr und mehr durch die Qualität seines Humankapitals, seinen Bildungsstand und den Grad der Umsetzung von Wissenschaft und Technik in der Fertigung bestimmt. Ein Überfluß an Arbeitskräften und Rohmaterial ist in dem Maße immer weniger als Wettbewerbsvorteil zu werten, in dem der Anteil dieser Faktoren an der Wertschöpfung bei allen Produkten sinkt. Aufgrund dieser irreversiblen Entwicklung wird es immer unwahrscheinlicher, daß sich die Länder des Südens einzig und allein aufgrund ihrer Bodenschätze und ihrer relativ billigen Arbeitskräfte durchsetzen können.

■ Die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung

Der Wandel in der Rolle des Staates

Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Globalisierung wandelt sich die Rolle des Staates.

Die Globalisierung bringt es mit sich, daß die inneren Angelegenheiten eines Landes immer mehr

dem Einfluß externer Variablen unterliegen, wodurch der Spielraum für nationale Entscheidungen eingeschränkt wird. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Anforderungen des Konkurrenzkampfs nach außen zu einer Angleichung der institutionellen und regulatorischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Staaten geführt haben und daß durch eben diese Anforderungen der Spielraum für differenzierte nationale Arbeitsmarktstrategien im Bereich der makroökonomischen Politik eingeschränkt worden ist. So ist zum Beispiel der Ausgleich der Staatsfinanzen zum Dogma erhoben worden. Im Vertrag von Maastricht hat die Europäische Union Grenzen festgeschrieben, die für das Etatdefizit der einzelnen Mitgliedsländer bindend sind.

Auch die internationale öffentliche Meinung und die Reaktion der Märkte bestimmen immer mehr den Handlungsspielraum der einzelnen Staaten. Informationen sind schnell und frei verfügbar. Wenn zum Beispiel bekannt wird, daß ein bestimmtes Land mit seinem Etatdefizit Schwierigkeiten hat oder die Zinssätze zu erhöhen beabsichtigt, werden auf den Finanzmärkten der Welt aufgrund dieser Information bestimmte Entscheidungen gefällt, die wiederum das besagte Land direkt betreffen. Die öffentliche Weltmeinung beobachtet die einzelnen Länder, ihre Führung und ihre Politik sehr genau. Jede Fehlhandlung, jeder Schritt, der von dieser ungreifbaren Instanz als Fehltritt eingeschätzt wird, kann schwere Folgen nach sich ziehen. Andererseits werden aber auch Entwicklungen oder Entscheidungen belohnt, die positiv beurteilt werden. Die internationale öffentliche Meinung und ganz besonders die Märkte sind von ihrer Grundhaltung her eher konservativ und in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen orthodox. Der von diesen Instanzen aufgestellte wirtschaftliche Verhaltenskodex läßt nur geringe Abweichungen zu, und das in einer Welt, deren nationale Realitäten unendlich verschieden sind. Diese Vielfalt darf im Rahmen des komplexen Anpassungsprozesses nicht außer acht gelassen werden.

Auch in einem anderen Bereich hat die Globalisierung zu einem Wandel in der Rolle des Staates geführt: Die Zielrichtung staatlicher Maßnahmen hat sich grundlegend verändert. Heute konzentrieren sich diese Maßnahmen fast ausschließlich auf die

weitere Entwicklung der Gesamtwirtschaft und auf die Erhaltung der globalen Konkurrenzfähigkeit. Damit ist nicht unbedingt ein schlanker Staat gemeint, obwohl die eben erwähnte Verschiebung der Zielrichtung häufig eine solche wünschenswerte Nebenwirkung mit sich bringt. Was ganz sicher erforderlich ist, ist ein Staat, der weniger oft, aber dafür gezielter eingreift; ein Staat, der in der Lage ist, knappe Ressourcen zur Erreichung bestimmter Ziele zu mobilisieren; ein Staat, der fähig ist, Investitionen in Bereiche zu lenken, die für die Wettbewerbsposition des Landes von grundlegender Bedeutung sind, wie z.B. die Infrastruktur oder die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen, d.h. Bildung, Gesundheitsfürsorge usw.; ein Staat, der bereit ist, bestimmte Aufgaben in die Hände von Privatfirmen zu legen, die diese Aufgaben besser erfüllen können; ein Staat schließlich, dessen Diener sich der Forderung der Gesellschaft nach besseren Dienstleistungen stellen.

Und all das muß zu einer Zeit geschehen, in der die demokratischen Werte und die immer stärker werdende Zivilgesellschaft der Forderung nach Wandel Nachdruck verleihen. Darüber hinaus muß der Staat diesen Wandel in einem wirtschaftlichen Umfeld vollziehen, in dem ihm weniger Geldmittel zur Verfügung stehen und finanzielle Disziplin und Zurückhaltung bei den öffentlichen Ausgaben geboten sind.

Diese Aufgabe ist nicht einfach. Um sie zu lösen, muß der Staat seine Haltung ändern und einen entschlossenen Kampf gegen private Interessen im öffentlichen Sektor führen. Es gibt dazu keine Alternative. In Brasilien müssen wir, kurz gesagt, den Staat neu aufbauen, wenn wir den Übergang von einem nach innen gerichteten Entwicklungsmodell zu einem Konzept erfolgreich bewerkstelligen wollen, das die Integration unserer Wirtschaft in den Handels- und Investitionsverkehr der Welt ermöglicht.

Es könnte paradox erscheinen, daß diese Umbildung des Staates völlig problemlos mit den traditionellen Idealen der Linken in Einklang zu bringen ist (und ich bin stolz darauf, Gründungsmitglied der Partei zu sein, die die Sozialdemokratie in Brasilien vertritt). Wenn in einem Land wie Brasilien mit seinen krassen sozialen Gegensätzen der Staat seine Ressourcen und Prioritäten auf das Bildungs- und

Gesundheitswesen konzentriert, leistet er in seiner gewandelten Form dort einen Beitrag, wo er bislang versagt hat: Er fördert die Chancengleichheit gerade dann, wenn von der Qualifikation und Bildung des einzelnen nicht nur sein Arbeitsplatz, sondern auch seine soziale Mobilität abhängen.

Heute hat die Linke mehr denn je zuvor die Möglichkeit, ihre langgehegten Wünsche gerade deswegen zu verwirklichen, weil wir Anstrengungen unternehmen, die Leistungsfähigkeit unserer Nation zu verbessern, um uns an dem Konkurrenzkampf der Weltwirtschaft erfolgreich beteiligen zu können. Darüberhinaus muß ein derart gewandelter Staat sich seinen sozialen Verpflichtungen mit mehr Elan widmen und seine vor kurzem privatisierten Tätigkeitsbereiche besser regeln und lenken.

Die Schwierigkeiten, die mit diesem Wandel in der Rolle des Staates verbunden sind, sind überall zu spüren und dürfen nicht unterschätzt werden. Die Reform des Sozialversicherungswesens in Frankreich und die harten Verhandlungen um die Genehmigung des amerikanischen Etats mögen als Beispiele für die Hindernisse dienen, die sich den Regierungen entgegenstellen, hauptsächlich deswegen, weil es für die Probleme des Wandels kein sofort verfügbares Patentrezept gibt. Auch wenn die traditionellen Muster des Wohlfahrtsstaates nicht mehr gelten, bedeutet das nicht, daß es für uns nicht mehr wichtig ist, den Lebensstandard unserer Bevölkerung zu heben.

Politische Konsequenzen der wirtschaftlichen Globalisierung

Aus dem bisher Gesagten kann man durchaus den Eindruck gewinnen, daß der Globalisierungsprozeß ausschließlich von Marktkräften gesteuert wird. Aus dem Blickwinkel der Zuteilung finanzieller Ressourcen und der Entscheidung über Produktivinvestitionen stellt der Markt in der Tat einen entscheidenden Faktor dar. Wir dürfen aber nicht den Fehler begehen, aus dieser Tatsache irreführende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Eine solche irreführende Schlußfolgerung wäre die Überlegung, daß die Debatte über die Globalisierung mit der Erkenntnis ihr Ende findet, die Kräfte des Marktes seien hier allein verantwortlich. Das trifft nicht zu, denn die Rahmenbedingungen für den

Markt sind politisch bestimmt. Das Spiel um die Macht unter den Nationen ist hierbei keineswegs ausgeschlossen und dasselbe gilt für die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Kooperation zwischen den Staaten. Verhandlungen über den Außenhandel werden immer noch in Form eines Dialogs in Foren geführt, die sich die Staaten selbst geschaffen haben; ganz besonders gilt dies für Verhandlungen über die Regeln, die für den Wettbewerb gelten sollen. Wirtschaftliches Gewicht ist in diesen Verhandlungen wie auch bei der Beilegung bilateraler Handelsstreitigkeiten von entscheidender Bedeutung. Gelegentlich kommt es sogar vor, daß wirtschaftliche Großmächte ihren ganzen Einfluß zum Tragen bringen, um multilaterale Regelungen zu umgehen, die sie selbst mit aufgestellt haben. Ein ganz offensichtliches Beispiel für diesen Trend sind die Subventionen in der Landwirtschaft. Andererseits stellen die jüngsten Anstrengungen in Richtung auf regionale Integrationsvorhaben eine Besonderheit der neunziger Jahre, gleichzeitig auch Initiativen dar, mit denen die Staaten versuchen, die Entwicklungsrichtung der wirtschaftlichen Globalisierung zu beeinflussen.

Die zweite gefährliche Schlußfolgerung wäre, den Markt zu einer Art Ideologie machen zu wollen, nach der alles, was den Marktkräften entspricht, gut, positiv und entwicklungsträchtig ist, während jede politische Entscheidung als schlecht abgeurteilt wird, die die Kräfte des Wettbewerbs regulieren soll.

Es ist gerade die Erkenntnis, daß der Markt auch seine Grenzen hat, die uns, die Entwicklungsländer, in die Lage versetzt, unsere nationalen Interessen mit Hilfe politischer Maßnahmen zu verteidigen. Diese Maßnahmen jedoch, mit denen der Globalisierungsprozeß reguliert werden soll, unterscheiden sich in den einzelnen Entwicklungsländern. Ob wir wollen oder nicht, die Globalisierung der Wirtschaft ist Teil der neuen internationalen Ordnung. Damit müssen wir uns ganz realistisch abfinden, wenn unsere Maßnahmen Wirkung zeigen sollen. Dies bedeutet keineswegs politische Tatenlosigkeit, sondern eine völlig neue Perspektive für unser Auftreten auf der internationalen Bühne.

Auch mit unserer Unterschiedlichkeit müssen wir uns abfinden. Der Süden stellt keineswegs eine Einheit dar. Durch die Globalisierung heben sich die

einzelnen Entwicklungsländer immer mehr und immer deutlicher in dem Maß voneinander ab, in dem sie die internationalen Investitions- und Handelsströme nutzen.

Als ich meine Bücher über die Dependenztheorie verfaßte, ging ich von der Annahme aus, der internationale Prozeß des Kapitalismus sei insofern schädlich für die Entwicklungsbedingungen, als er die Entwicklung zwar nicht gänzlich blockiert, aber sie unausgewogen und ungerecht gestaltet. Nach Meinung vieler stellte eine nach innen gerichtete Wirtschaftspolitik eine mögliche Form der Verteidigung gegen eine internationale Integration dar, die damals allgemein als risikoreich und gefährlich galt. Diese Ansicht hat sich gewandelt. Wir müssen zugeben, daß die Teilnahme an der Weltwirtschaft positiv sein kann und daß das internationale System nicht unbedingt gegen uns gerichtet ist. Aber wir müssen sorgfältig vorgehen, um unsere Chancen zu nutzen. Ob sich ein Entwicklungsland erfolgreich in die Weltwirtschaft integrieren kann oder nicht, hängt einerseits davon ab, ob es sich diplomatisch artikulieren kann und über adäquate Handelspartnerschaften verfügt, sowie andererseits davon, ob es auf der Grundlage eines demokratischen Konsensus sozusagen seine Hausaufgaben erledigt hat.

Globalisierung und Marginalisierung

Ich möchte mich nun einer weiteren Folge der Globalisierung zuwenden, nämlich der Frage der sozialen Beteiligung und der sozialen Ausgrenzung. Dazu möchte ich gleich zu Anfang sagen, daß durch die Globalisierung ein neuer Graben zwischen den Nationen aufgeworfen wird.

Die Welt läßt sich heute nicht mehr anhand der Himmelsrichtungen darstellen. Die Trennung zwischen Ost und West sowie Nord und Süd war ein Konzept, das meine Generation benutzte, um sich mit der politischen Realität des kalten Krieges und mit der wirtschaftlichen Herausforderung der Unterentwicklung auseinanderzusetzen. In der Mitte der neunziger Jahre jedoch ist die internationale Lage wesentlich komplexer. Die Regionen und Länder unserer heutigen Welt sind in zwei Gruppen unterteilt: Diejenigen, die an der Globalisierung beteiligt sind und daraus Nutzen ziehen, und diejenigen, bei

denen dies nicht der Fall ist. Mit der ersten Gruppe verbindet man gedanklich im allgemeinen Fortschritt, Aufstieg und Wohlstand, mit der letzteren Ausgrenzung, Marginalisierung und Elend.

Es ist durchaus richtig, daß die Globalisierung zahlreichen Ländern eine Chance zur Integration in die Weltwirtschaft bietet, die diese Möglichkeit früher nicht hatten. Beispiele hierfür sind die asiatischen Tiger und sogar Japan. Die Möglichkeit, Chancen auf dem Weltmarkt zu nutzen, bot sich diesen Ländern aufgrund einer Reihe politischer Maßnahmen, wie z.B. der Ausbildung einer qualifizierten Arbeiterschaft, einer beträchtliche Erhöhung der Sparquote und der Umsetzung exportorientierter Modelle auf der Grundlage selektiver Eingriffe in bestimmten Sektoren.

In vielschichtig gestalteten Entwicklungsländern bedeutet die Integration in die Weltwirtschaft tiefgreifende Anpassungsmaßnahmen auf dem Binnenmarkt im Angesicht schärfster internationaler Konkurrenz. Unsere Leistungen in dieser Hinsicht sind allen bekannt. Ich habe keinen Zweifel, daß die Entwicklungsländer allmählich die Früchte werden ernten können, die ihre tiefergehenden Beziehungen zu den übrigen Ländern der Welt zu tragen beginnen. Auch die sogenannten Schwellenländer werden einmal so weit kommen, obwohl sie für die Reform ihrer Wirtschaft, für den Übergang von der früheren Planwirtschaft auf das System des freien Marktes, das die heutige Realität verlangt, keinen geringen Preis zu entrichten haben.

Bei den meisten kleinen Entwicklungsländern stellt sich hierbei jedoch eine Frage: Werden sie die Herausforderung der Globalisierung jemals meistern können? Sind die Völker dieser Länder durch eine perverse Logik dazu verdammt, in absoluter Armut zu leben und auf die Hilfe des Auslands angewiesen zu sein in einer Zeit, in der die Welt weit weniger willens und in der Lage ist, diese Hilfe zu gewähren? Ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß diese Länder enorme Schwierigkeiten zu überwinden haben, aber ich will mich dennoch nicht damit abfinden, ihr Versagen als etwas Schicksalhaftes zu betrachten, ganz so, als ob nichts zu machen sei, als ob die internationale Gemeinschaft in aller Bequemlichkeit dahinleben und all dem gleichgültig und tatenlos

zusehen könnte. Das Gewissen der Menschheit wird durch eine solche Marginalisierung pervertiert.

Diese Marginalisierung beschränkt sich aber keineswegs auf diejenigen Länder, die noch nicht in die Weltwirtschaft integriert sind; auch in ansonsten wohlhabenden Ländern macht sie sich breit. Denn die Globalisierung beinhaltet auch einen Wettbewerb um ein immer höheres Produktivitätsniveau, d.h. um immer mehr Ausstoß pro Arbeitseinheit. Damit führt gerade das, was einer Wirtschaft den Erfolg im Wettbewerb beschert, zu Arbeitslosigkeit. In Europa ist die Lage besonders ernst, obwohl diejenigen, die in reichen Ländern arbeitslos werden, durch soziale Sicherheitsnetze verschiedener Ausprägung aufgefangen werden. Andere wiederum lassen sich umschulen, um so einen Ersatzjob zu finden.

Gegen die Frustration der jungen Leute, die bereit sind, in den Arbeitsmarkt einzutreten, jedoch keine Beschäftigung finden können, läßt sich nur wenig tun. Hoffnungslosigkeit, Drogen- und Alkoholmißbrauch sowie zerrüttete Familien sind nur einige der Probleme, die durch die Arbeitslosigkeit und die daraus folgende Marginalisierung hervorgerufen werden. Ein Gefühl des Ausgeschlossenseins breitet sich aus, eine gewisse Malaise, der in den reichen Gesellschaften große Bevölkerungsgruppen erliegen, und dies schürt wiederum die Gewalt und in manchen Fällen auch die Fremdenfeindlichkeit.

Wie das komplexe Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen ist, ist eine Frage, der sich praktisch alle Länder gegenübersehen, die an der Weltwirtschaft teilnehmen. Die Antwort besteht ganz sicher nicht darin, als Reaktion auf die Globalisierung die eigene Wirtschaft gegen den Handel mit ausländischen Partnern abzuschotten, was die Marginalisierung des betreffenden Landes nur verschärfen könnte, oder darin, das Regelwerk, das die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestimmt, unnötig unflexibel zu gestalten, da bei einem solchen Schritt die Gefahr besteht, die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verhindern und nicht zu stimulieren.

Obwohl die Schaffung neuer Arbeitsplätze kaum in den direkten Verantwortungsbereich des Staates gehört, kann er sich doch zur Lösung dieses Problems der verschiedensten Möglichkeiten bedienen. Als erste und vielleicht wichtigste Maßnahme zur

Förderung nachhaltigen Wachstums kann der Staat seine Wirtschaftspolitik den Gegebenheiten anpassen. Als zweite Maßnahme könnte er öffentliche wie private Programme zur Umschulung von Arbeitnehmern unterstützen, die in einem Industriezweig arbeitslos geworden sind, der ihnen nicht länger eine passende Stelle bieten kann. Eine dritte Möglichkeit besteht darin, die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten und Arbeitsplätze z.B. dadurch zu sichern, daß Unternehmen wie Arbeitnehmern die Möglichkeit geboten wird, bestimmte Fragen wie z.B. die Anzahl der Arbeitsstunden und Ferientage sowie die Bezahlung für Überstunden auf dem Verhandlungswege frei zu regeln. Durch mehr Flexibilität in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern müßten auch die Anstellungskosten gesenkt werden können. Schließlich läßt sich die Schaffung neuer Arbeitsplätze auch durch weitere staatliche Maßnahmen fördern, wie z.B. steuerliche Anreize oder finanzielle Hilfen der Staatsbanken.

In bevölkerungsstarken Ländern wie Brasilien und Indien muß auch der Einfluß der sogenannten Schattenwirtschaft auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze in die Überlegungen mit einbezogen werden. Inwieweit zieht die Schattenwirtschaft Arbeitsplätze aus der offiziellen Wirtschaft ab und wieviel zusätzliche Arbeitsplätze bietet sie? Wir müssen uns mit dieser Frage vertrauter machen, um die richtigen Schlüsse zu ziehen und entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können.

■ **Der Handlungsspielraum der internationalen Gemeinschaft und das Ethos der Solidarität**

Lassen Sie mich jetzt mit einigen kurzen Anmerkungen dazu schließen, was die internationale Gemeinschaft tun kann, um den negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung entgegenzutreten, durch die der Handlungsspielraum der Entwicklungsländer in der nächsten Zeit beeinflusst werden wird.

Wie ich bereits bemerkte, hat die Globalisierung zu der Ausgrenzung derjenigen armen Länder geführt, die bislang noch nicht der Früchte dieses Prozesses teilhaftig werden konnten. Auch unter den

bereits in die Weltwirtschaft integrierten Industrie- und Entwicklungsländern hat eine solche Marginalisierung stattgefunden. Andererseits hat die noch nie dagewesene Entfesselung der Produktivkräfte unseren Wohlstand um ein Vielfaches vermehrt. Sollen wir nun auf die positiven Elemente der Globalisierung und den damit verbundenen Wohlstand verzichten und das Rad der Geschichte zurückdrehen, wenn dies denn möglich wäre? Diese Frage ist ganz sicher mit Nein zu beantworten.

Was kann der Staat, was können die Staatsoberhäupter also tun, um die schmerzlichen Auswirkungen der Marginalisierung zu einem Zeitpunkt zu mildern, zu dem die Rolle des Staates sich wandelt und an Bedeutung verliert?

Wie der Staat soziales Ungleichgewicht intern wieder ins Lot bringen kann, so kann auch eine Gruppe von Staaten Mittel und Wege finden, um die sozialen Folgen der Globalisierung abzuschwächen. Dies ist keineswegs einfach; wir sind uns bewußt, daß Drogenhandel, Umweltschutz, Kapitalabwanderung, Migration usw. grundsätzlich globale Probleme darstellen.

Die Herausforderung besteht nun darin, von der Erkenntnis, daß diese globalen Probleme bestehen, den Schritt hin zur Erarbeitung konkreter Instrumente, zur effektiven Mobilisierung aller Länder im Hinblick auf den kommenden Wandel zu vollziehen. Ich will keineswegs den Anspruch erheben, auf diese Frage eine umfassende Antwort bieten zu können, aber ich möchte anmerken, daß ein Anfang gemacht wäre, wenn unsere Änderungsvorschläge den folgenden vier Bedingungen entsprechen könnten:

- a) Die erste Bedingung ist, daß Änderungsvorschläge grundsätzlich allgemeingültig sein und die Möglichkeit bieten sollten, mit gutem Beispiel voranzugehen und auf dem Verhandlungsweg eine Art Interessenskonsens zwischen reichen und armen Staaten, zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern zu schaffen.
- b) Die zweite Bedingung lautet, daß unsere Vorschläge grundsätzlich weder unrealistisch noch naiv, sondern durchführbar sein und nicht zu einer Verschärfung bestehender Rivalitäten führen sollten.
- c) Drittens müßten unsere Vorschläge dazu geeignet sein, Regierungen und andere Akteure zu mobili-

sieren, die in der Lage sind, den Verhandlungsprozeß zu beeinflussen.

- d) Die vierte Bedingung lautet, daß unsere Vorschläge ein ethisches Element beinhalten sollten, das sie über den Mythos der Märkte und Machtspiele erhebt.

Es ist Zeit, daß wir versuchen, dem Ethos der Solidarität im Staat und damit auch in der gesamten Gesellschaft wieder Geltung zu verschaffen. Keine Regierung, kein Führer dieser Welt kann alles tun. Sie spielen aber eine gewisse Rolle, sie können mit gutem Beispiel vorangehen und damit sind sie in der Lage, den Wandel zu beschleunigen, d.h. die Wiedereinführung ethischer Werte in einer Zeit zu fördern, der solche Werte fehlen.

Auf der internationalen Ebene könnte das Ethos der Solidarität neue Utopien hervorbringen, die zwar nicht so ehrgeizig sind wie die großen Utopien der Vergangenheit, aber durchaus das ideologische Vakuum ausfüllen können, das nach deren Zusammenbruch entstanden ist. Mit dem Ethos der Solidarität sollte auch das Thema der Entwicklungszusammenarbeit wieder in die internationale Tagesordnung aufgenommen werden, und zwar diesmal unter dem Blickwinkel des Kampfes gegen die allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber den Wurzeln der Gewalt und der Wanderungsbewegungen auf der ganzen Welt – Marginalisierung, Ausgrenzung, Hunger und Krankheit.

Intern könnte in jedem Land das Ethos der Solidarität dazu dienen, neue Formen der Partnerschaft zwischen Gesellschaft und Staat zu schaffen. Es könnte dabei helfen, die Gesellschaft auf dem Bildungswege so umzuorganisieren, daß sie selbständiger wird, weniger von der Regierung mit ihren beschränkten Ressourcen abhängt und die Entwicklung der Gemeinschaft, den Aufbau der Nation mehr in den Vordergrund stellt. Die Bürger allgemein und ganz besonders die Eliten tragen eine soziale Verantwortung, der sie gerecht werden müssen, wenn wir einmal in einer besseren Welt leben wollen.